



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 22. Januar 2026

Änderung der Ausführungsverordnungen zu den Einschränkungen für Reisen ins Ausland (RDV, VZAE, VEV, VVWAL und AsylV 1); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Ausführungsverordnungen zu den Einschränkungen für Reisen ins Ausland (RDV, VZAE, VEV, VVWAL und AsylV 1) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir sind mit der unterbreiteten Vorlage im Grundsatz einverstanden. Insbesondere begrüssen wir, dass die neuen Einschränkungen und deren Ausnahmen auf Verordnungsebene so ausführlich präzisiert werden sollen.

Hingegen erscheint uns das vorgesehene Verfahren für Ausnahmegesuche, wonach die Gesuche bei der zuständigen (kantonalen) Migrationsbehörde einzureichen sind (Art. 8a Abs. 2 und 3 sowie Art. 9 Abs. 2 und 3 RDV), wenig sinnvoll, zumal die Entscheidkompetenz ausschliesslich beim Staatssekretariat für Migration (SEM) liegt. Die Einreichung bei einer anderen Behörde zur Weiterleitung an das SEM erscheint als unnötiger Umweg. Hingegen würde eine Gesuchseinreichung direkt beim SEM das Verfahren beschleunigen und unnötigen Aufwand verhindern. Die Verfahren möglichst schlank zu gestalten, erscheint auch deshalb besonders wichtig, da davon auszugehen ist, dass die zusätzlichen Reiseeinschränkungen und die damit verbundene Möglichkeit, Ausnahmegesuche zu stellen, zu einem erhöhten Personalaufwand führen dürften.

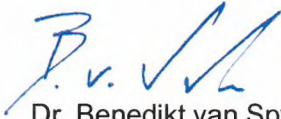
In Bezug auf die Erfassung der Fotografie für Reisedokumente (Art. 16 RDV) regen wir zudem an, die in ZEMIS gespeicherte Fotografie zu verwenden, da diese auf der gleichen Systemplattform des Bundes erfasst wird wie Schweizer Ausweise. Eine Neuerfassung wäre dann nur nötig, wenn die Daten in ZEMIS nicht mehr gültig wären.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Beat Tinner
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch